

BEZAHLBARES UND BEDARFSGERECHTES

WOHNEN IN STADT UND LAND

19 JAHRE LANG HATTE DER BAU VON GÜNSTIGEN WOHNUNGEN KEINE PRIORITÄT:

- In Hessens Metropolen fehlt bezahlbarer Wohnraum.
- In 19 Jahren CDU hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen halbiert.
- Die großen finanziellen und planungstechnischen Herausforderungen können nicht mehr von einzelnen Kommunen allein bewältigt werden.
- Von der schwarz-grünen Landesregierung werden die Themen bezahlbares Wohnen und Stadtentwicklung nur zweitrangig im Umweltministerium behandelt.

DAS WERDEN WIR BESSER MACHEN:

- **Bezahlbare Wohnungen** für kleine und mittlere Einkommen schaffen.
- Die rechtlichen und politischen Voraussetzungen schaffen, damit **schneller gebaut** wird.
- In den nächsten fünf Jahren **30.000 zusätzliche preisgebundene Wohnungen bauen**.
- **Spekulationen** auf Grund und Boden entschieden **bekämpfen**.
- Mieter im privaten Wohnungsmarkt vor überzogenen Mietsteigerungen und unzumutbaren Modernisierungskosten **besser schützen**.
- Eine wirkungsvolle Mietpreisbremse für alle landeseigenen Wohnbaugesellschaften einführen: Mietpreissteigerungen sollen auf 1 % pro Jahr begrenzt werden.
- Öffentliche Grundstücke schnell und günstig für den Bau bezahlbarer Wohnungen bereitstellen, statt sie zu privatisieren.
- Im ländlichen Raum den Leerstand erschließen und mit Umbauprogrammen günstige und barrierefreie Wohnungen schaffen.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN

FÜR WOHNRAUM, DEN SICH ALLE LEISTEN KÖNNEN.

- **Wohnen ist eine neue soziale Frage:** In 19 Jahren CDU hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen halbiert.
- **30.000 Wohnungen:** Dafür werden wir jährlich 100 Mio. Euro mehr für den geförderten Wohnungsbau (Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen) bereitstellen. Statt Darlehensmodellen, die in Zeiten von Niedrigzinsen kaum helfen, soll es echte Zuschüsse geben.
- Damit die **Zahl der Sozialwohnungen nicht mehr sinkt**, werden wir neben dem Neubau auch die Bindungsfristen verlängern und Belegungsrechte kaufen.
- **Schneller bauen:** Gemeinsam mit den kommunalen Beteiligten wollen wir das Planungsrecht vereinfachen. In einem Ministerium für Wohnen und Landesentwicklung sollen alle Landeszuständigkeiten gebündelt werden.
- **Spekulation bekämpfen:** Wir wollen u. a. eine Grundsteuer C für unbebauten Baugrund, um spekulatives Horten zu erschweren. Spekulationsgewinne aus leistungslosen Bodenwertsteigerungen sollen stärker besteuert werden. Die Mitsprache von Kommunen bei der Zweckentfremdung von Wohnraum soll erhöht werden.
- **Mieterschutz:** Die Mietpreisbremse für den privaten Wohnungsmarkt wollen wir mit mehr Transparenz und Sanktionsmöglichkeiten schärfen. Die Modernisierungsumlage soll gesenkt und Mietsteigerungen nach Modernisierungen gedeckelt werden.
- **Öffentliche Grundstücke:** Wir wollen einen Vorrang für die Vergabe im Zuge des Erbbaurechtes. Im Fall des Verkaufs wollen wir Konzeptvergaben: Das bedeutet, dass beispielsweise die Quote für den sozialen Wohnungsbau oder die Schaffung von Kitas entscheidet und nicht der höchstmögliche Verkaufspreis.
- **Eigenheimbildung:** Das Eigenheim soll erschwinglich sein. Förderprogramme für Eigenheimbildung sollen erhöht werden. Die Grunderwerbsteuer soll für förderungswürdige Gruppen gesenkt werden.

ZUKUNFT

JETZT MACHEN